

31.01.2022 – 10:32 MEINUNGEN

Auf die Wirtschaft kommt es an

Die neue deutsche Regierung will das Land modernisieren. Um ihre Ziele zu erreichen, muss sie eine durchdachte Wirtschaftspolitik betreiben. Ein Kommentar von Michael Heise.

MICHAEL HEISE

«Deutschland startet die wirtschaftliche Transformation keineswegs aus einer Pole-Position heraus.»



Deutschland soll grüner, digitaler und schneller werden und bei alledem Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit voranbringen. Mit diesem Leitbild möchte die rot-grün-gelbe Bundesregierung den Aufbruch in eine moderne und fortschrittliche Zukunft auslösen. Unterlegt wird die Zielsetzung im Rahmen des Koalitionsvertrags durch eine sehr umfassende Liste an politischen Absichtserklärungen und konkreten Vereinbarungen der Parteien für die nächsten vier Jahre.

Es ist allerdings damit zu rechnen, dass das politische Programm der ersten Dreierkoalition in Deutschland noch intensiv diskutiert werden wird – etwa im Hinblick darauf, welche

Schritte Priorität haben und mit welchen konkreten Massnahmen die teilweise noch allgemein formulierten politischen Ziele angegangen werden. Manche Massnahmen werden strittig bleiben, manche werden sich aufgrund fehlender

Zum Autor

Michael Heise ist Chefökonom von HQ Trust, ökonomischer Berater und Wirtschaftspublizist.

Mittel als nicht durchführbar erweisen.

Weil die verfassungsmässige Schuldenbremse nicht grundlegend geändert werden soll, wird die Neuverschuldung nach den Ausnahmejahren der Pandemie ab 2023 wieder sehr viel geringer sein müssen. Der Koalitionsvertrag beziffert nicht, wie viel Geld benötigt wird. Klar ist aber, dass es eine Menge sein wird.

Umfassendes Handlungskonzept fehlt

Insofern wird der Erfolg der Regierung Scholz sehr vom Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Man ist geneigt, an Bill Clintons Aussage «It's the economy, stupid» zu erinnern: Nur wenn die deutsche Wirtschaft nach der Überwindung der Pandemie wieder auf einen Wachstumskurs kommt, ist mit dem Steueraufkommen für den Staat zu rechnen, das er für seine ehrgeizigen Projekte dringend braucht. Nur bei positiver Einkommensentwicklung werden die zusätzlichen Belastungen etwa für den Klimaschutz, die Energiewende oder den Sozialstaat von den Bürgern akzeptiert werden.

Benötigt werden also günstige Rahmenbedingungen für einen Anstieg der Beschäftigung, für rückläufige Arbeitslosenraten und für einen möglichst grossen Spielraum für produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen. Darüber hinaus sollte es unstrittig sein, dass die grüne und die digitale Transformation der Wirtschaft vor allem durch privatwirtschaftliche Investitionen in die Erneuerung des Kapitalstocks und durch technologische Innovationen vorangetrieben werden muss. Auch das setzt eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft voraus.

Das Ziel, die Wirtschaft zu stärken, um die grossen Herausforderungen zu meistern, ist im Koalitionsvertrag mehrfach angesprochen, doch nicht durch ein umfassendes Handlungskonzept unterlegt. Es hätte ein eigenes Kapitel und eine ganzheitliche Betrachtungsweise verdient gehabt. Einzelne Ansatzpunkte finden sich verstreut im Regierungsplan. So ist es sicher richtig, dass staatlichen Investitionen in die Infrastruktur sowie die Ausgaben für Forschung und Bildung zur Stärkung der Wirtschaft beitragen.

Energiepolitik – geringer Erfolg, hohe Kosten

Allerdings ist zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und der Attraktivität des Standorts Deutschland mehr in den Blick zu nehmen als einzig

die Infrastruktur, die in manchen Bereichen zudem als marode zu bezeichnen ist. Zu den wichtigen Rahmenbedingungen zählen auch Faktoren wie die Lohnkosten, Lohnnebenkosten, Energiekosten, Steuerbelastung, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, zügige Planungs- und Genehmigungsprozesse, Rechtssicherheit, Bürokratiekosten und mehr.

In der Summe dieser Faktoren startet Deutschland in die wirtschaftliche Transformation keineswegs aus der Pole-Position. Manches ist sehr gut in diesem breiten Katalog an Rahmenbedingungen in Deutschland, doch in der Gesamtschau fällt der Standort deutlich hinter andere zurück. Das Wachstum der Kapazitäten und der Investitionen ist seit Jahren vergleichsweise schwach, niedriger Produktivitätsfortschritt ist die Folge. Steigerungsfähig wären auch die Rolle von Start-ups und die Dynamik wirtschaftlicher Innovationen in Deutschland.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Arbeitsplätze hängt darüber hinaus sehr von der Energie- und Umweltpolitik ab. Was das Ziel der CO₂-Neutralität angeht, wurden bisher nur mässige Fortschritte erreicht, die aber in sehr vielen Bereichen mit hohen Kosten verbunden waren, nicht zuletzt mit überdurchschnittlich hohen Strompreisen für Unternehmen und Konsumenten. Erneuerbare Energien werden ausgebaut, bleiben aber teilweise ungenutzt, weil Energienetze und Speichermedien fehlen. So werden Arbeitsplätze eher gefährdet als neue geschaffen, da den Unternehmen Anreize zur Produktionsverlagerung ins Ausland gegeben werden, wo die Kosten geringer sind.

Kein Wille zu Steuerreform

Von der neuen Regierung wäre eine Wirtschaftspolitik zu erwarten, die diese Schwachstellen behebt. Ein Ansatzpunkt wäre die im internationalen Vergleich sehr hohe Steuer- und Abgabenquote. Explizite Reformen stehen hier leider nicht an. Im Gespräch sind derzeit lediglich steuerfreie Einzahlungen in die Rentenkasse und eine noch näher zu definierende «Superabschreibung» für Investitionen in den Klimaschutz oder Digitalisierungsprojekte. Bei der Abgabenquote sind allein schon durch die demografische Entwicklung der kommenden Jahre zusätzliche Belastungen absehbar.

Umso wichtiger wäre es, wenn die Koalition ihre Ankündigung wahr machte, die Wirtschaft von Bürokratie zu entlasten, schnellere (digitale) Planungs- und Genehmigungsverfahren zu ermöglichen und das Staatswesen in eine digitale Zukunft zu führen. Das alles wären bedeutsame Fortschritte. Allerdings sind

Bürokratieabbau und schlankere Verfahren auch von früheren Regierungen immer wieder versprochen, aber nie wirklich umgesetzt worden. Die Erfahrung lehrt, dass das Argument der Bürokratielasten schnell beiseitegeschoben wird, wenn «höhere» politische Ziele erreicht werden sollen, wie es etwa bei den Regulierungen zum Mindestlohn, beim Lieferkettengesetz oder der Finanzmarktregulierung zu beobachten war. Sollte die Regierung im Bürokratieabbau und in der Verfahrensbeschleunigung vorankommen, wäre das ein echtes Gütesiegel.

Mehrbelastungen kompensieren

Deutschland braucht eine starke wirtschaftliche Basis, um die grüne und die digitale Transformation zu bewerkstelligen und die Sozialsysteme auch in kommenden Zeiten mit weniger Erwerbspersonen und mehr Anspruchsberechtigten finanzierbar zu halten. An der Politik liegt es, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Attraktivität des Standorts nicht nur gesichert, sondern möglichst verbessert werden. Soweit es zu Mehrbelastungen der Unternehmen und der Arbeitnehmer kommt, etwa um umweltpolitische oder sozialpolitische Ziele zu erreichen, sollten Entlastungen an anderer Stelle erwogen werden.

Dagegen würde Deutschland an Wohlstand und wirtschaftlicher Stärke einbüßen, wenn viele zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer zusammenkommen sollten, weil alle Sparten der Politik – von der Sozialpolitik über die Umweltpolitik bis hin zur Gesundheitspolitik – scheinbar gute Gründe haben für höhere Abgaben, Steuern oder striktere Regulierungen oder Verbote. Den ganzheitlichen Blick auf die Rahmenbedingungen zu wahren, ist die Kernaufgabe der Wirtschaftspolitik und wird für den Erfolg der neuen Koalitionsregierung entscheidend sein.